

Deutschland, Europa und die Öffnung Nordkoreas

Heinrich Kreft¹

1 Die Öffnung Nordkoreas

Im vergangenen Jahr startete Nordkorea eine für das abgeschottete Land beispiellose Offensive. Nach dem ersten Auslandsbesuch des „großen Führers“ Kim Jong-il seit 17 Jahren in Beijing kam es im Juni 2000 zum historischen Gipfeltreffen mit dem südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung in Pyongyang. Präsident Putin besuchte Pyongyang auf dem Weg zum G8-Gipfel in Okinawa als erstes russisches Staatsoberhaupt, während sich der nordkoreanische Außenminister in Bangkok anlässlich der Aufnahme der Demokratischen Volksrepublik (Nord-)Korea (DVRK) in das ASEAN-Regionalforum u.a. erstmalig mit der US-Außenministerin Albright und mit seinem südkoreanischen Amtskollegen traf. Frau Albright reiste im Oktober nach Pyongyang, und in Washington wurden gar Überlegungen angestellt hinsichtlich eines Besuchs von Präsident Clinton kurz vor Ende seiner Amtszeit Ende Januar 2001. Diplomatische Beziehungen wurden mit Italien, Australien und den Philippinen aufgenommen² sowie mit Kanada und Neuseeland Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen. Zusätzlich besuchten eine ganze Reihe von Delegationen aus EU-Mitgliedstaaten die DVRK, darunter aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Schweden und Deutschland.

Durch die Dialogbereitschaft Nordkoreas gegenüber dem Süden und den USA hat sich auf der koreanischen Halbinsel eine erhebliche Dynamik entwickelt. Diese bietet – bei allen fortbestehenden Unwägbarkeiten – seit vielen Jahren wieder ein *window of opportunity*, um zu einer Verbesserung der seit dem Koreakrieg Anfang der 50er Jahre angespannten sicherheitspolitischen Lage auf der koreanischen Halbinsel und damit in ganz Nordostasien zu gelangen. Die außenpolitische Öffnung wurde durch die historische Gipfelbegegnung zugleich symbolisiert und in Gang gesetzt. Nach dem Gipfel und der Verabschiedung einer Gemeinsamen Erklärung folgte die Einsetzung von Arbeitsgruppen auf Ministerebene zur Umsetzung dieser Erklärung. Bisher haben vier Gesprächsrunden stattgefunden. Im August und November 2000 kamen in Seoul und Pyongyang Familientreffen zustande. Im September kam es zum ersten Treffen der beiden koreanischen Verteidigungsminister. Im Oktober besuchte Vizemarschall Jo Myong Rok – die Nummer 2 im nordkoreanischen Machtgefüge – Washington. Ende Oktober besuchte mit US-Außenministerin Albright erstmals ein Mitglied der US-Regierung Pyongyang. Diese außenpolitische Öffnung fand jedoch keine Entsprechung in der Innenpolitik. An der katastrophalen

¹ Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

² Dieses vollzieht sich aber größtenteils im protokollarischen Rahmen, da kein Missionschef in Pyongyang residieren wird.

Menschenrechts- und schlechten Ernährungslage sowie an der totalen Indoktrinierung der Bevölkerung und ihrer völligen Abschottung von der Außenwelt hat sich nichts geändert.

2 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea

Das Interesse der EU und ihrer Mitgliedstaaten an Korea ist nicht neu. Europa unterhält intensive wirtschaftliche und inzwischen auch politische Beziehungen zu Südkorea, ist einer der größten Geber humanitärer Hilfe für den Norden und hat sich von Anfang an innerhalb der Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) engagiert, der große Bedeutung für die Konfliktreduktion auf der koreanischen Halbinsel und damit für die Stabilität ganz Nordostasiens zukommt.³ Nordkorea unterhält diplomatische Beziehungen mit den meisten Staaten der Welt. Bis Mitte 2000 unterhielten auch bereits sechs EU-Staaten diplomatische Beziehungen zu Pyongyang: Portugal, Dänemark, Schweden, Finnland, Österreich und Italien. Alle diese Staaten – mit Ausnahme von Italien, das die Beziehungen Anfang 2000 aufnahm – hatten diese Beziehungen noch in der Zeit vor ihrem Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen.

Am Rande des ASEM-Gipfels in Seoul im Oktober 2000 haben außer Deutschland auch Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Spanien ihre Bereitschaft erklärt, diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufzunehmen. Großbritannien hat diese am 12. Dezember 2000 formell aufgenommen, die Niederlande am 15. Januar 2001, Spanien und Belgien folgten Ende Januar und Februar vor Deutschland und Luxemburg.

Der Rat der Europäischen Union hatte im Juli 1999 erklärt, die EU sei zur Erwägung der Zusammenarbeit mit Nordkorea bereit, wenn Pyongyang seine Absicht zu umfassenden Reformen und *good governance* klar darlege. Er forderte Nordkorea u.a. dazu auf, regionale Spannungen abzubauen, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen einzuhalten, das Teststoppabkommen (CTBT – Comprehensive Test Ban Treaty) zu zeichnen und zu ratifizieren, das Abkommen über die Ächtung chemischer Waffen zu zeichnen, Raketentests ebenso wie den Export von Raketen und Raketentechnologie einzustellen und die Menschenrechtsslage im Lande zu verbessern.

2.1 Wettlauf nach Pyongyang?

Nach den Ankündigungen auf dem ASEM-Gipfel in Seoul im Herbst 2000, diplomatische Beziehungen mit Nordkorea aufzunehmen, wurde die dabei in einigen

³ Vgl. dazu Heinrich Kreft, „Die Beziehungen zwischen der EU und Südkorea: enge wirtschaftliche und beginnende politische Kooperation“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2000 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde 2000, S.141-155.

europäischen Hauptstädten an den Tag gelegte Eile als „diplomatischer Wettlauf nach Pyongyang“ kritisiert – u.a. von Anne Schneppen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (2000: 6), aber auch von einigen Oppositionsabgeordneten.

Zwischen Dezember 2000 und März 2001 nahmen in kurzer Folge Großbritannien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Deutschland und Luxemburg diplomatische Beziehungen zu Nordkorea auf. Großbritannien machte noch im vergangenen Jahr den Anfang. Es war damit nach Italien, Kanada und Australien das vierte westliche Land, das im Verlauf des Jahres 2000 diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufnahm. In einem von beiden Seiten unterzeichneten gemeinsamen Memorandum wurde vereinbart, dass baldmöglichst Vertretungen in den jeweiligen Hauptstädten eingerichtet werden. Zu deren Vorbereitung wurden Geschäftsträger ernannt, wobei der britische zunächst in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul und der nordkoreanische Geschäftsträger in Stockholm oder Genf residieren soll. Dass Pyongyang die Akkreditierung eines in Südkorea residierenden Diplomaten akzeptierte, ist eine beachtliche Konzession. Bisher hatte es Doppelakkreditierungen nur für Diplomaten aus Beijing gegeben. Nordkorea hat sich wohl auch bereit erklärt, Arbeitsmöglichkeiten für NGOs zu erleichtern und die Einrichtung des Büros einer Nachrichtenagentur in Pyongyang zu ermöglichen. Großbritannien will in der zweiten Jahreshälfte 2001 eine eigene Botschaft in Pyongyang eröffnen und wird dabei möglicherweise in der ehemaligen großen DDR-Botschaft einziehen, in der auch die bisherige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland untergebracht ist. Dies wird von London auch deshalb favorisiert, da man eine engere Kooperation der EU-Partner in Drittstaaten fördern wolle. Auch die italienische Regierung prüft, eine Fachstelle für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Räumlichkeiten des deutschen Botschaftsgeländes unterzubringen.

Anfang März 2001 besuchte mit dem Abteilungsleiter im Außenamt, Sir John Kerr, der bislang ranghöchste Vertreter Großbritanniens drei Tage Pyongyang.

Frankreich, das im zweiten Halbjahr 2000 die Präsidentschaft der EU innehatte, konnte sich weder auf dem ASEM-Gipfel noch bis dato für einen solchen Schritt entscheiden. Die französische Präsidentschaft legte aber die von ihr entworfenen „Lignes d’action de l’Union européenne vis-à-vis de la Corée du Nord“ vor, in denen ausdrücklich vorgesehen ist, dass die an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen interessierten Partner sich untereinander abstimmen und den Rat über ihre Gespräche mit Pyongyang unterrichten. Diese „Lignes d’action“ wurden am 20. November 2000 vom Allgemeinen Rat gebilligt. Die große Frage, die sich für alle westlichen Partner stellte, war die Frage der vollen Bewegungsfreiheit von Diplomaten in Nordkorea. Pyongyang hat – wie z.B. auch China – Vorschriften erlassen, nach denen Diplomaten Reisen außerhalb bestimmter Gebiete anmelden bzw. genehmigen lassen müssen. Im Gegenzug unterliegen z.B. auch die Angehörigen der Interessenvertretungen Nordkoreas in Berlin bei Reisen außerhalb der Stadtgrenzen einer Anzeigepflicht. Diese einschränkenden Bestimmungen gelten in Nordkorea für alle Botschaften, das heißt u. a. auch die Botschaften der Volksrepublik China und Russlands.

2.2 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die Bundesrepublik Deutschland

In der DVRK besteht traditionell ein positives Deutschlandbild. Die Bundesrepublik Deutschland wird als größtes Land der EU und aufgrund des ähnlichen Schicksals der Teilung mit Interesse wahrgenommen. Der Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde von der Regierung in Pyongyang gegenüber Berlin im Laufe des vergangenen Jahres mit wachsendem Nachdruck vorgetragen. In Nordkorea erhofft man sich, über Deutschland einen verbesserten Zugang zur EU zu bekommen, die – nicht zu Unrecht – als viel versprechende Quelle für Hilfgelder eingeschätzt wird.

Trotz fehlender politischer Anerkennung waren die allgemeinen deutsch-nordkoreanischen Beziehungen in den vergangenen Jahren unter den gegebenen Umständen durchweg „korrekt“. Die Entwicklungen, die zur deutschen Wiedervereinigung führten und der Prozess des Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland werden von Nordkorea – wie auch von Südkorea – verständlicherweise genau verfolgt.

Zwischen Deutschland und der DVRK bestehen keine Abkommen oder Vereinbarungen der wirtschaftlichen, finanziellen oder wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit. Als einzige Vertretung der deutschen Wirtschaft nimmt ein Büro des Ostasiatischen Vereins (OAV) die Interessen mehrerer deutscher Unternehmen wahr. Der gesamte Außenhandel Nordkoreas ist seit 1990 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Wesentlicher Grund dafür ist mangelnde Qualität, aber auch zu geringe Volumina. Außerdem werden aufgrund des schlechten Länderratings nordkoreanische Akkreditive von deutschen und internationalen Banken nicht akzeptiert. Wegen offener Forderungen in Höhe von ca. 200 Mio. DM besteht keine Möglichkeit zur Absicherung durch Hermes-Bürgschaften. Weitere Schulden in Höhe von 322 Mio. DM sind prolongiert worden.⁴ Tilgungen und Zinszahlungen sind bisher ausgeblieben. Der Handel mit Deutschland ist wegen der quasi nicht vorhandenen Kreditwürdigkeit und aufgrund Devisenmangels 1999 auf einen neuen Tiefstand (ca. 54 Mio. DM) gesunken.

Im Anschluss an die Reise des Staatsministers im Auswärtigen Amt Dr. Ludger Volmer nach Pyongyang (14.-17. Oktober 2000) kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt am Rande des ASEM-Gipfels in Seoul (20.- 21. Oktober 2000) an, dass Deutschland diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufnehmen werde. Ende Oktober 2000 reiste eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages unter Leitung des Vorsitzenden MdB Klose nach Korea.

Mit diesem Schritt ging die Bundesregierung nicht nur auf das Werben Nordkoreas ein, sondern entsprach vielmehr auch einem Wunsch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung, den dieser bereits bei seinem Besuch in Berlin im ersten

⁴ Dazu kommen noch ca. 47 Mio. DM aus Clearing-Rubel-Vereinbarungen der ehemaligen DDR.

Semester 2000 vorgetragen hatte. Berlin – wie die EU insgesamt – hatte von Anfang an die *sunshine policy* Kim Dae-jungs unterstützt, die dieser selbst mit der Ostpolitik Willi Brandts – seines erklärten politischen Vorbilds – verglich. Mit ihrem Schritt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea verfolgte die Bundesregierung auch das Ziel, die weitere Einbindung der DVRK in die internationale Gemeinschaft zu unterstützen. Mit der Anhebung der Kontakte auf die Ebene formeller diplomatischer Beziehungen verbindet die Bundesregierung die Erwartung, die Möglichkeiten zur Einwirkung auf die nordkoreanische Regierung zu verbessern, um sie zur Kooperation mit den VN-Menschenrechtsgruppen, zu Fortschritten in Fragen der Raketenerweiterung und Nichtverbreitung und zur Gewährung besserer Arbeitsmöglichkeiten für Diplomaten, Mitarbeiter deutscher und internationaler Hilfsorganisationen und ausländische Journalisten zu bewegen.

Damit ist keine Legitimierung des nordkoreanischen Regimes bezweckt, sondern die Verbesserung der deutschen und westlichen Position, um langfristig auf größere Öffnung, Verbesserungen bei der Einhaltung der Menschenrechte und auf Zurückhaltung im Nuklearbereich und bei der Entwicklung von Raketentechnologie hinzuwirken. Trotz ihrer geographischen Ferne haben Deutschland und Europa ein Interesse daran, dass die von der koreanischen Halbinsel ausgehenden sicherheitspolitischen Risiken für die Aufrechterhaltung politischer und militärischer Stabilität in der Region abgebaut werden.

Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Korea wurde die bisherige deutsche Interessenvertretung bei der Botschaft des Königreichs Schweden und in den Räumlichkeiten der ehemaligen DDR-Botschaft in Pjöngjang mit Wirkung vom 1. März 2001 in eine Botschaft umgewandelt. Die Entsendung eines Botschafters ist für das zweite Halbjahr 2001 geplant.

Nach Schweden und Deutschland wird die britische Botschaft erst die dritte westliche Vertretung in Nordkorea sein.

Die Verbesserung der Beziehungen zu Nordkorea wird von Deutschland und den anderen Staaten der EU auch als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen und der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea verstanden.

2.3 Zustimmung in Nord- und Südkorea

Nordkorea wünscht sich seit längerem eine stärkere Rolle der EU bei der Verbesserung der Außenbeziehungen des Landes. Dies gilt neben dem Prozess der Annäherung an Südkorea vor allem für das Verhältnis zu den USA. Die EU ist neben den USA der Wunschpartner Nordkoreas. Sie ist einer der wichtigsten Geber im Bereich humanitärer Hilfe. Nordkorea ist stark am Ausbau der Beziehungen zur EU bis hin zur Einrichtung einer EU-Mission in Pjöngjang interessiert. Außenminister Paek traf während der Konferenz des ASEAN-Regionalforums in Bangkok mit EU-Kommissar Patten zusammen. Trotz der Schwierigkeiten bei der Umsetzung huma-

nitärer Hilfsprogramme hat die EU-Kommission auch dieses Jahr umfangreiche Finanzmittel für Nordkorea bereitgestellt.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einer Reihe wichtiger Staaten, hat die nordkoreanische Führung wichtige Zwischenziele zur Durchbrechung ihrer außenpolitischen Isolierung erreicht – entsprechend groß ist die Genugtuung darüber, dass nunmehr auch die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten – darunter drei der vier großen – diplomatische Beziehungen mit der DVRK unterhalten.

Diese Zustimmung beschränkte sich aber keineswegs auf Pyongyang. Auch die Regierung in Seoul⁵ und die südkoreanische Öffentlichkeit haben die intensivierte Nordkoreapolitik der EU und wichtiger Mitgliedstaaten der EU mit großer Zufriedenheit aufgenommen – was nicht verwundert, da Präsident Kim Dae-jung seine europäischen Kollegen nicht erst während des ASEM-Gipfels in Seoul dazu aufgefordert hatte. Die südkoreanische Presse berichtete intensiv über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pyongyang insbesondere durch Großbritannien und mehr noch durch die Bundesrepublik Deutschland. Über die Ergebnisse der dreitägigen Gespräche im Auswärtigen Amt in Berlin mit den Abgesandten des nordkoreanischen Außenministeriums wurde in der südkoreanischen Presse mit großer Aufmachung und teilweise sogar euphorisch hinsichtlich des „Verhandlungserfolgs“ Deutschlands berichtet.⁶ Nordkorea habe sich – zumindest auf dem Papier – so weit wie noch nie zuvor bewegt. Die ausgehandelte Vereinbarung stelle einen Präzedenzfall da und setze einen Standard, der nun auch auf andere Länder, zu denen Nordkorea Beziehungen habe, übertragen werden könne.⁷ Gewürdigt wurde auch die ausdrückliche Nennung und Einschließung der Frage der Menschenrechte.⁸ Hier habe Deutschland – auch vor den USA – Neuland betreten. Kritische Stimmen wiesen darauf hin, dass es abzuwarten gelte, ob und wie Nordkorea die Vereinbarung mit Leben erfülle.

⁵ Das südkoreanische Außenministerium begrüßte in einer Presseerklärung vom 2. März 2001 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Nordkorea als Schritt, der nicht nur zur Verbesserung der Beziehungen beider Staaten beitrage, sondern auch Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel durch die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen beiden koreanischen Staaten fördern könne. Die koreanische Regierung danke der Bundesregierung für die gute und enge Konsultation im Prozess der Verbesserung der Beziehungen zu Nordkorea.

⁶ So sprach die größte südkoreanische Tageszeitung *Joongang Ilbo* in einem umfangreichen Artikel am 3. März 2001 von einer beispiellosen Öffnung („unprecedented opening“) und einem außergewöhnlichen, unerwarteten Schritt des Nordens. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass andere Länder, die kurz vorher diplomatische Beziehungen mit Pyongyang aufgenommen hätten, ähnliche Forderungen gestellt hätten, ohne dass der Norden darauf eingegangen sei. Zu ähnlichen Einschätzungen kamen die beiden englischsprachigen Zeitungen *Korea Herald* und *Korea Times*.

⁷ So die konservative *Chosun Ilbo*, 3. März 2001.

⁸ So *Chosun Ilbo* vom 5. März 2001.

3 Perspektiven für die koreanische Halbinsel

Die Zeichen auf der koreanischen Halbinsel stehen seit der konsequenten *sunshine policy* Präsident Kim Dae-jungs, für die er im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, und dem historischen Gipfel von Pyongyang auf Entspannung. Doch ist es zu früh, die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die beiden wichtigsten Konfliktrisiken abzuschätzen: die Kriegsgefahr und das Risiko, dass das nordkoreanische Regime plötzlich zusammenbricht und es zu einem chaotisch verlaufenden Vereinigungsprozess kommt.⁹ Vorsicht ist auch deshalb angebracht, da es schon 1972 und 1991/92 Tauwetterperioden gab, in denen weit reichende politische Vereinbarungen zwischen Nord und Süd getroffen wurden, die aber nicht umgesetzt wurden, und es somit nicht zu der auch damals erhofften dauerhaften Verbesserung der Beziehungen zwischen den verfeindeten Brüdern kam. Die Skepsis, dass auch diesmal ein nachhaltiger Durchbruch in Richtung Entspannung misslingen könnte, wird derzeit – im März 2001 – auch durch die Signale der neuen Bush-Administration genährt. Die Republikaner hatten die Clinton-Administration im Wahlkampf bezichtigt, durch übertriebene Zugeständnisse in Nordkorea eine Diktatur mit Massenvernichtungswaffen zu stabilisieren. Während sich die erst seit Ende Januar im Amt befindende Bush-Administration grundsätzlich auf eine Unterstützung der *sunshine policy* und eine Fortsetzung des amerikanischen Dialogs mit Pyongyang verpflichtet hat, will sie der DVRK gegenüber auf verifizierbare und sanktionierbare Gegenseitigkeit beharren; was auch für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Seoul und Pyongyang gelten soll. US-Außenminister Colin Powell hat für die US-Nordkoreapolitik folgende Prioritäten formuliert: nukleare Abrüstung, Abschluss eines Raketenabkommens und konventionelle Rüstung. Präsident Kim Dae-jung musste bei seinem Washington-Besuch im März 2001 die für ihn schmerzliche Erfahrung machen, dass die Bush-Administration der Wiederaufnahme des Dialogs mit Nordkorea keine Dringlichkeit beimisst. Pyongyang reagierte umgehend mit der Absage eines für den 13. Mai geplanten fünften innerkoreanischen Ministertreffens, das den Gipfel in Seoul der beiden Kims hätte vorbereiten sollen. Auch Verhandlungen über weitere Familienzusammenführungen und den Bau der Eisenbahnlinie durch die Demilitarisierte Zone (DMZ) sind ins Stocken geraten.

Trotz dieser Rückschläge bleibt Kim Dae-jungs Sonnenscheinpolitik ohne vernünftige Alternative. Die Chancen dieser Politik, die im vergangenen Jahr so viel Hoffnung auf Wandel hat aufkeimen lassen, sollten nicht leichtfertig verspielt werden. Diese Einschätzung wird in allen Hauptstädten der EU geteilt. Das Interesse der EU an der Fortsetzung des innerkoreanischen Entspannungsprozesses ist so groß, dass Ende März 2001 die schwedische EU-Präsidentschaft angesichts der wenig ermutigenden Signale aus Washington damit begonnen hat, die Möglichkeit einer

⁹ Vgl. dazu Heinrich Kreft, "Perspectives on the Korean Peninsula. Unification and Beyond: A German Perspective", in: Korea Economic Institut (Hrsg.), *Korea Approaches the Millennium*, KEI: 1999, S.19-23.

europäischen Initiative zugunsten einer Wiederaufnahme des ins Stocken geratenen Süd-Nord-Dialogs zu sondieren.¹⁰

Literaturhinweise

- Adam, Werner (2001), „Neue Töne aus Pjöngjang. Nordkorea ist bei aller innenpolitischen Erstarrung zu einer außenpolitischen Öffnung bereit“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.1.2001, S.12
- Bereuter, Doug (2001), „Perspectives on U.S. National Interests in Asia. The B.C. Lee Lectures at the Heritage Foundation“, <http://www.heritage.org/library/lecture/hl698.html>
- Campbell, Kurt M. und Mitchell B. Reiss (2001), „Korean Changes, Asian challenges and the US Role“, in: *Survival* 43, 1, Spring, S.53-69
- Deutsche Presse-Agentur – Europadienst (2001), „Seoul begrüßt diplomatische Beziehungen Deutschland zu Nordkorea“, 2.3.2001
- Fried, Nico (2001), „Berlin und Pjöngjang nehmen Beziehungen auf“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5.3.2001, S.2
- Giessmann, Hans J. (2001), „Dem Jubel ist rasch die Ernüchterung gefolgt. Korea im Wandel“, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.1.2001, S.7
- Hille, Kathrin (2000), „Berlin bereit für diplomatische Beziehungen zu Nordkorea. EU berät auf ASEM-Gipfel über gemeinsame Linie gegenüber Pjöngjang“, in: *Financial Times Deutschland*, 20.10.2000, S.16
- Kessler, Manuela (2000), „Die Hlgerfahrt nach Pjöngjang“, in: *Tages-Anzeiger*, 28.10.2000, S.4.
- Kim, Choog Nam (2001), „Tough U.S. Line Is Jeopardizing Korean Détente“, in: *International Herald Tribune*, 28.3.2001, S.12
- Kim, Dae-Jung (2001), „Remarks by South Korean President Kim Dae-Jung at the American Enterprise Institute/Council on Foreign Relations Lucheon“, Washington, 8. März, <http://www.aei.org/sp/spkim010308.htm>
- Kirk, Don (2001), „Seoul Is Cool to EU Move“, in: *International Herald Tribune*, 28.3.2001, S.8
- Knowlton, Brian, (2001), „EU Mission to Koreas Is Seen as Rebuke to Bush“, in: *International Herald Tribune*, 28.3.2001, S.1 und 8
- Kreft, Heinrich (1999), „Perspectives on the Korean Peninsula. Unification and Beyond: A German Perspective“, in: Korea Economic Institute, *Korea Approaches the Millennium*, S.19-23
- Kreft, Heinrich, (2000), „Die Beziehungen zwischen der EU und Südkorea: enge wirtschaftliche und beginnende politische Kooperation“, in: Patrick Köllner

¹⁰ Vgl. dazu: Brian Knowlton, „EU Mission to Koreas Is Seen as Rebuke to Bush“, in: *International Herald Tribune*, 28.3.2001, S.1 und 8 sowie Don Kirk, „Seoul Is Cool to EU Move“, in: *International Herald Tribune*, 28.3.2001, S.8.

- (Hrsg.), *Korea 2000 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.141-155
- Lohse, Eckart (2000), „Berlin nähert sich Pjöngjang. Nordkoreas Öffnung bietet neue Möglichkeiten“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.10.2000, S.7
- Mauß, Hanns (2000), „Mehr Kooperation oder ein neuer Kalter Krieg? Ostasien nach dem koreanischen Gipfeltreffen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.8.2000, S.13
- Manning, Robert (2001), „Will Korea be Bush’s first policy crisis?“, in: *Washington Times*, 7.1.2001, S.1
- Möller, Kay (2000), „Sonnenschein über Pyöngyang. Korea nach dem Gipfel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51, S.30-38
- Schneppen, Anne (2000), „Europäischer Schönheitswettbewerb in Seoul – Diplomatische Wettlauf dominiert den ASEM-Gipfel“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.10.2000, S.6
- Thamm, Katrin (2000), „Grüße aus Pjöngjang. Nordkorea will diplomatische Beziehungen“, in: *Berliner Morgenpost*, 18.7.2000, S.6
- Weiler, Bernd (2000), „Kim trifft Kim. Historische Begegnung zwischen den Führern Süd- und Nordkoreas“, in: *Die Welt*, 13.6.2000, S.8
- Wit, Joel (2001), „The United States and North Korea“, in: *Policy Brief* 74, March, Brookings, <http://www.brook.edu/comm/policybriefs/pb074/pb74.htm>
- Yong-bae, Shin (2001), „German diplomats to enjoy special status in N. Korea“, in: *The Korea Herald*, 3.3.2001, S.1

Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

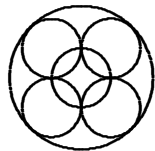
Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

**POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT**

mit
Beiträgen
von

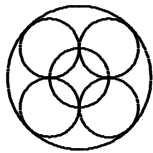
Rüdiger Frank
Sebastian Harnisch
Heiner Heseler
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Hanns W. Maull
Peter Mayer
Dirk Nabers
Manfred Pohl
Michael Schloms
Oliver Schramm
Günter Schucher
Bernhard Seliger



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-264-6
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: duei-dok@uni-hamburg.de).